

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Grünes Licht für Radio Liechtenstein

(paf) - Die Regierung hat zum Gesetz über Radio und Fernsehen eine Verordnung erlassen. Die Verordnung gilt für die Veranstaltung und Vorbereitung von landesweiten Radioprogrammen, gemeindeeigenem Fernsehen und vergleichbaren Formen des Rundfunks. Der allgemeine Teil der Verordnung regelt die Grundsätze für die Zulassung von Radio- und Fernsehveranstaltern, beispielsweise die nötigen Voraussetzungen für die Konzessionsbewilligung oder Inhalt des Konzessionsgesuchs.

Die Verordnung enthält besondere Bestimmungen für Radioprogramme im Lande und deren Zielsetzung. Des Weiteren werden die Zulassungsvoraussetzungen für gemeindeeigene Fernsehprogramme, Inhalt und Aufbau, Programmstruktur und -grundsätze, die Art der Finanzierung sowie die Pflichten der Gemeinden als Veranstalter geregelt.

Als Schlichtungs-, Beratungs- und Aufsichtsstelle fungiert eine Medienkommission, die sich aus sieben Mitgliedern aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Presse zusammensetzt. Sie steht der Regierung beratend zur Seite und erstattet jährlich Bericht.

Laufende Ausgaben der Gemeinden nehmen um 12,6 Prozent zu

Die Voranschläge 1992 der elf Liechtensteiner Gemeinden im Detail - Überblick über die Ausgaben der laufenden Haushaltsrechnungen

(mö) - Die Entwicklung der Einnahmen unserer Gemeinden vermag mit dem stetigen Anstieg der laufenden Ausgabenverpflichtungen immer weniger Schritt zu halten, so dass zur Deckung der Investitionen in Zukunft verstärkt auf die vorhandenen Finanzierungsreserven zurückgegriffen werden muss. Gemäss den Gemeindebudgets 1992, die von der Regierung vor kurzem genehmigt wurden (siehe VOLKSBLATT von gestern), wird bei den Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr mit einer Zuwachsrate von 6 Prozent gerechnet, während bei den Ausgaben der laufenden Haushaltsrechnung gesamthaft ein Wachstum von 12,6 Prozent prognostiziert wird. Für das verfließene Jahr 1991 erwarteten die Gemeinden eine Steigerung ihrer laufenden Ausgaben um 8,4 Prozent.

Die laufenden Ausgaben aller elf Gemeinden wurden für dieses Jahr mit 83,006 Mio. Franken veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 64,5 (Vorjahr: 60,1) Prozent des Einnahmetotals, das auf 128,709 Mio. Franken geschätzt wird. Die laufenden Ausgaben 1992 übertreffen somit die Limiten des Vorjahresbudgets (73,7 Mio.) um rund 9,3 Mio. Franken, so dass sich die eingangs erwähnte Wachstumsrate von 12,6 Prozent ergibt. Demgegenüber heben sich die Erwartungen bei den Einnahmen noch um ca. 7,3 Mio. Franken von den Schätzun-

gen des Voranschlags 1991 (121,4 Mio. Franken) ab.

Praktisch überall Mehrausgaben

Den Kommentaren in den Gemeindebulletins ist zu entnehmen, dass für die deutliche Erhöhung der laufenden Aus-

gaben zweifellos die anhaltend hohe Teuerung mitverantwortlich ist, die vor allem den Personalaufwand sowie die Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten beeinflusst. Als weiterer Grund für die starke Ausweitung des Ausgabenrahmens werden aber auch die Subven-

tionsskürzungen des Landes genannt, die höhere Belastungen für die Gemeinden bei den Besoldungsaufwendungen im Bildungsbereich (Primarlehrer und Kindergärtnerinnen) verursachen. Diesbezüglich ergeben sich für die Gemeinden in diesem Jahr Mehraufwendungen in Höhe von 1,830 Mio. Franken.

Die Mehrausgaben der Laufenden Rechnung 1992 unserer Gemeinden verteilen sich mit einer Ausnahme auf alle Aufwandsarten (siehe auch Übersicht im Kasten). Bei den Ausgaben im Bereich Allgemeine Verwaltung zeichnet sich eine Kreditausweitung um rund 1,6 Mio. auf knapp 13,7 Mio. Franken ab, was einer Wachstumsrate von 13,6 Prozent entspricht. Zum Vergleich: Im Vorjahr wurde für diesen Bereich nur eine Steigerung um 6,5 Prozent budgetiert. Leicht unter dem mittleren Ausgabenwachstum des laufenden Haushalts liegen die Kosten für das Bildungswesen, die im Vorjahresvergleich aber dennoch beträchtlich um 1,566 Mio. Franken oder um 11,9 Prozent auf 14,8 Mio. Franken ansteigen, nachdem man letztes Jahr erst eine Zuwachsrate von 7,4 Prozent veranschlagte.

Soziales: 37prozentige Steigerung

Besonders ausgeprägt nehmen 1992 die laufenden Ausgaben der Gemeinden für das Sozialwesen zu, steigt doch der Aus-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Laufende Ausgaben im Vergleich

Gegliedert nach den wichtigsten Aufgabenbereichen, stellt sich die Entwicklung der laufenden Ausgaben der Gemeinden für 1992 im Vergleich zu den Vorjahresbudgets wie folgt dar:

Aufgabenbereiche	Budget 1991 Ausgaben	Budget 1992 Ausgaben	Differenz +/-
Allgemeine Verwaltung	12 041 000	13 677 000	+ 1 636 000
Bildungswesen	13 203 000	14 769 000	+ 1 566 000
Kirchenwesen	4 303 000	4 713 000	+ 410 000
Baubereich	12 334 000	14 247 000	+ 1 913 000
Wasserversorgung	4 430 000	4 509 000	+ 79 000
Abwasserentsorgung	3 130 000	3 045 000	- 85 000
Umweltschutz	3 168 000	3 864 000	+ 696 000
Sport und Freizeit	4 090 000	4 596 000	+ 506 000
Waldwirtschaft	4 839 000	4 946 000	+ 107 000
Soziales, Sanität	3 633 000	4 966 000	+ 1 333 000
Übrige Bereiche	8 559 000	9 674 000	+ 1 115 000
Ausgabentotal	73 730 000	83 006 000	+ 9 276 000

EWR-Vertrag steht in der Aussenpolitik im Vordergrund

Regierungschef Hans Brunhart gab beim Pressegespräch einen Überblick über die vorgesehenen Arbeiten in seinen Regierungsressorts

(G.M.) - Am Anfang des Jahres würden Prioritäten in den Regierungsressorts gesetzt, meinte Regierungschef Hans Brunhart am Pressegespräch, doch könne die Regierung nur zum Teil den Gang der Dinge beeinflussen, so dass im Verlaufe des Jahres neue Prioritäten gesetzt werden müssten. Innere und äussere Umstände können nach seinen Ausführungen, wie wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe berichteten, zu einer Änderung führen, wobei er insbesondere auch die Wirtschaftslage sowie die Finanzlage des Staates erwähnte.

1992 wird für die Regierung erneut ein aussenpolitisches Jahr werden, denn neben dem erwarteten Abschluss der EWR-Verhandlungen ist eine Reihe von Gesetzen an das EWR-Recht anzupassen. Regierungschef Hans Brunhart gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der EWR-Vertrag in absehbarer Zeit unterzeichnet werden könne, wies aber gleichzeitig auch auf veränderte Rahmenbedingungen für das EWR-Abkommen hin: Während bis vor kurzem noch die EFTA-Staaten den EWR als eine Lösung auf weitere Sicht betrachtet hätten, gelte diese Zielsetzung heute bei einigen EFTA-Mitgliedern nicht mehr.

Integrationspolitik im Vordergrund

Die Regierung hält unverändert an ihrer Zielsetzung fest, dass das EWR-Abkommen ein gangbarer Weg darstelle.

Regierungschef Brunhart gab in jüngster Vergangenheit auch mehrfach zu verstehen, dass die Verhandlungen für Liechtenstein erfolgreich verlaufen seien, obwohl von den ursprünglich in Aussicht genommenen Sonderregelungen praktisch nicht viel übriggeblieben ist. Vorerst hat sich die Regierung auf die Initiative zur Einführung des Staatsvertragsreferendums einzustellen, deren Abstimmung voraussichtlich im März stattfinden wird. Das Resultat der Volksabstimmung wird den Hinweis geben, ob über das EWR-Abkommen auch in unserem Land abgestimmt werden kann. Parallel zur jetzigen EWR-Politik will die Regierung, wie Regierungschef Brunhart ausführte, auch Perspektiven für einen Weg entwickeln, wenn das EWR-Abkommen nicht in der vorgesehenen Art zustandekommt.

Revision des Ausländerrechts

Die vom Regierungschef erwähnten Vorhaben in seinen Ressorts, die im laufenden Jahr in Angriff genommen oder zum Abschluss gebracht werden sollen, gleichen sich weitgehend oder stimmen sogar mit seinen Aussagen vor einem Jahr überein. Dazu gehört die Vorlage für ein neues Dienstgesetz, ein Organisationsgesetz sowie das Besoldungsgesetz. Das Beamtengesetz liegt in einer neuen Fassung vor, erklärte der Regierungschef, nachdem die Landtagskommission und die Regierung wegen Differenzen mit Fürst Hans-Adam II. in dieser Frage nicht weitergekommen waren. Zudem sollen die Arbeiten an der Organisationsstruktur der Regierung, wiederholte er wie im Vorjahr, weitergeführt werden, wobei die Verstärkung des Unterbaus der Regierung im Mittelpunkt steht. Neu hingegen kündigte er die Schaffung eines neuen Ausländerrechtes an, was sich im Hinblick auf die Übernahme des EWR-Rechts aufdrängt.

LIS wird Fachhochschule

Im Bildungsbereich sprach Regierungschef Hans Brunhart das neue Schulgesetz an, das er bereits auch im Vorjahr unter den in Angriff zu nehmenden Aufgaben erwähnt hatte. Erneut in seiner Auflistung erschien auch die Revision des Berufsbildungsgesetzes und das neue Weiterbildungskonzept, zu dem eine breite Vernehmlassung durchgeführt werden soll. Als neu darf die Ankündigung gelten, dass die Liechtensteinische Ingenieurschule (LIS) sich auf dem Weg zu einer Fachhochschule befindet. Die Vorbereitungen dafür sind nach Angaben des Regierungschefs im Gange.

Bankengesetz und Teilprivatisierung der Landesbank

Im Ressort Finanzen steht die endgültige Fassung des Bankengesetzes bevor, das zusammen mit der Vorlage über die Teilprivatisierung der Liechtensteinischen Landesbank dem Landtag in abseh-

barer Zeit übermittelt werden soll. Die Vernehmlassung für das neue Wohnbauförderungsgesetz ist nach den Worten des Regierungschefs abgeschlossen, wobei die Reaktionen gezeigt hätten, dass die Regierung mit dem vorgeschlagenen Konzept auf dem richtigen Weg sei. Allerdings würden an der Vorlage noch gewisse Korrekturen vorgenommen. Noch hängig im Ressort Finanzen ist die Antwort an den Landtag in bezug auf die Einführung des Öko-Bonus beim Motorfahrzeugsteuergesetz. Der Regierung lägen hierzu zwei Untersuchungen vor, die den Öko-Bonus als technisch machbar erklärten, doch noch kein Gerät zur Feststellung der gefahrenen Kilometer in Serienreife orteten. Der Landtag soll nach Angaben von Regierungschef Brunhart einen Bericht dazu erhalten, damit das Parlament die Auffassungen der Regierung kennenlernen könne.

Aus den Ressorts der anderen Regierungsmitglieder werden wir in unseren nächsten Ausgaben berichten.

Paraphierung des EWR-Vertrags blockiert

Brüssel (spk) Die Paraphierung des Vertrages für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab 1. Januar 1993 bleibt weiter blockiert. Auch am Mittwoch gelang es den Efta- und EG-Unterhändlern auf hoher Beamtenebene nicht, sich in Brüssel auf einen Ausweg aus der Sackgasse zu einigen, in die der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Bemühungen um die Fertigstellung des EWR-Vertrages geführt hat.

Doch obwohl die Efta- und EG-Beamten sich auch am Mittwoch nicht einigen konnten, betonten beide Seiten, dass sie nach wie vor «alles tun werden», um bis Ende Januar eine Lösung zu finden. Diese könnte in einer «administrativ-politischen Streitbeilegung» durch dem im EWR-Vertrag vorgesehenen «Gemischten Ausschuss» hoher Efta- und EG-Beamter liegen.

Offensichtlich besteht auf Efta-Seite die Neigung, sich mit der Lösung zu befreunden, zumal Streitfälle sowieso nur recht selten zu lösen wären.

Neue Briefmarken: Amerika, Olympiade, Berge

Anfangs März gelangen die ersten Liechtensteiner Briefmarken des Jahrganges 1992 zur Ausgabe

Am Montag, 2. März, gelangen die ersten Liechtensteiner Briefmarken des Jahrganges 1992 zur Ausgabe. Gewidmet sind sie dem 500. Gedenkjahr der Entdeckung Amerikas, den Olympischen Sommerspielen 1992 in Barcelona sowie der Liechtensteiner Bergwelt.

Die Mitglieder der CEPT (Konferenz der Europäischen Postverwaltungen) haben die Entdeckung Amerikas vor 500 Jahren als Thema für die Europa-Marken 1992 gewählt. Die zwei Liechtensteiner Sondermarken von H.M.v. Vogelsang aus Gamprin, als Sieger aus einem Gestaltungswettbewerb hervorgegangen, symbolisieren treffend Alt und Neu, das damalige und das heutige Amerika (vierfarbige Wertzeichen zu 80 und 90 Rappen).

H.J. Anderegg von der Firma Courvoisier in La Chaux-de-Fonds hat zu den Olympischen Sommerspielen 1992 in Barcelona drei Sondermarken entworfen, die das Thema «Fairness und Sicherheit» beinhalten und drei Sportarten zeigen:

Leichtathletik/Staffellauf (50 Rappen), Radsport/Strassenrennen (70 Rappen) und Judo (2,50 Franken). Zusammen mit den drei Wertzeichen zu den Olympischen Winterspielen in Albertville (erschienen am 2. Dezember 1991) ergibt sich nun eine attraktive Serie von sechs Sportmarken.

Auf einem Ergänzungswert der Dauermarkenserie «Berge» zu 1,60 Franken kommt schliesslich der zweithöchste Gipfel Liechtensteins, das Schwarzhorn (2574 m), zu Briefmarkenehren. Der Entwurf stammt wieder von Josef Schädler (Triessen), der die ganze Serie geschaffen hat.



Die beiden Liechtensteiner Sondermarken «Europa CEPT 1992» sind der Entdeckung Amerikas vor 500 Jahren gewidmet und symbolisieren das damalige (Wertzeichen zu 80 Rappen) und das heutige Amerika (90 Rappen) sehr treffend.

